



Newsletter November 2019

04.11.2019 15:51

Von FSI - Forum Soziale Inklusion e. V. <info@fsi-gleichbehandlung.de>

An info@fsi-gleichbehandlung.de <info@fsi-gleichbehandlung.de>

www.fsi-gleichbehandlung.de



FSI - Newsletter November 2019

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) ließ am 29.11.2019 ein Thesenpapier zur Neuregelung des veralteten deutschen Familienrechts veröffentlichen.

Grundlage dazu war die Arbeit zweier Arbeitskreise (AK) des BMJV zu den Themen "Unterhaltsrecht" und "Sorge- und Umgangsrecht".

Die IG-JMV kritisiert die darin formulierten Thesen in ihrer Pressemitteilung vom 04.11.2019 als nicht ausreichend.



**Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz**

Seit 3 1/2 Jahren (2016) tagten auf Einladung des Bundesjustizministeriums (BMJV) zwei Arbeitskreise (AK) mit den Themenstellungen "Unterhaltsrecht" und "Sorge- und Umgangsrecht".

Bundesministerin Lambrecht ließ am 29.10.2019 ein Thesenpapier des AKs "Sorge- und Umgangsrecht" veröffentlichen.

Die IG-JMV kritisiert die im Thesenpapier niedergeschriebenen Vorgaben als unausgewogen und als vorrangig den Interessen der Justiz dienend. Der Wille zu einer umfassenden Neuregelung für moderne Trennungsfamilien ist nicht erkennbar.

Verpflichtende Mediation vor Beginn des Familienverfahrens soll nicht zugelassen werden. Mit anderen Worten: Strittigkeit soll erhalten werden.

Das verwundert nicht, waren doch als "Experten" neben den 6 Angehörigen der Frauengeführten Bundesministerien für Familie (BMFSFJ) und Justiz (BMJV) vorwiegend Vertreter der Richter- und Anwaltschaft geladen. Väterverbände waren nicht geladen.

Die Ergebnisse des zweiten Arbeitskreises "AK Unterhaltsrecht" wurden nicht einmal veröffentlicht. Zudem verweigert Ministerin Lambrechts Ministerium weiter die Nennung der Namen der beteiligten "Experten". Väterverbände waren nicht geladen.

Klar ist: Die Bedürfnisse getrennt erziehender Väter und moderner Trennungsfamilien werden ignoriert.

Die IG-JMV wird dem Papier eine eigene Stellungnahme widmen. Vorab veröffentlichte die IG-JMV eine **Pressemitteilung** am 04.11.2019.

MEHR



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fordert eine neue politische Streitkultur

FSI kommentiert in seinem Schreiben an den Bundespräsidenten die Forderung und benennt eklatante Demokratiedefizite

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kritisiert in seiner Rede zur Gesprächsreihe "30 Jahre Friedliche Revolution" vom 25.10.2019 die "Gesprächsverbinderungen" des politischen Betriebs und fordert eine "schonungslose und ehrliche Auseinandersetzung in der Gesellschaft".

Der offene Streit sei "das Herz der Demokratie". Zur Demokratie gehöre "die Beteiligung am Streit, nicht deren Verhinderung".

FSI stimmt den Ausführungen prinzipiell zu, mahnt jedoch das Einhalten dieser Vorgaben auch für den Diskurs über Familien- und Geschlechter-politische Themen an.

HIER das Schreiben von FSI an den Bundespräsidenten vom 28.10.2019.



Die Bundesministerinnen Christine Lambrecht (SPD) und Franziska Giffey (SPD) verweigern weiterhin Gespräche mit Männer- und Väterverbänden

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) verweigert seit ihrem Amtsantritt das persönliche Gespräch mit der IG-JMV.

Auch die Abteilung I (Familienrecht) sowie die Abteilung R (FamFG) sind nicht zu Gesprächen bereit.

Irritierenderweise hält Abteilung I des BMJV ein eigenes Referat "Frauenpolitik" vor. Dabei handelt Justitia, das Symbol für Gerechtigkeit, ohne Ansehen der Eigenschaften der Betroffenen. Sie ist blind: Justitia trägt eine Schärpe vor den Augen. Ministerin Lambrecht sieht das wohl anders.

Bundesfrauenministerin Franziska Giffey (SPD) verweigert weiter das persönliche Gespräch mit der IG-JMV.

Auch Gespräche mit den Abteilungen 2 (Familie) sowie der Abteilung 4 (Gleichstellung / Frauenpolitik) im BMFSFJ werden verweigert.

Die neu eingesetzte Leiterin der Abteilung 4 Gleichstellung, Daniela Behrens, lehnt Gespräche mit authentischen Männerverbänden ab..

Aus der Abteilung 2 werden regelmäßig mündlich Gesprächsangebote signalisiert; zu Gesprächen kommt es jedoch nicht.

HIER der link zum Organigramm des BMJV.

HIER der link zum Organigramm des BMFSFJ.



Bundesfrauenministerin Giffey (Selbstbezeichnung) bewilligt 120 Millionen € für den Ausbau von Frauenhäusern und verweigert gleichzeitig Hilfen für männliche Opfer

Männerverbände prangern einseitige Wahrnehmung der Frauenministerin an.

Bundesministerin Franziska Giffey feiert den Start ihres Investitionsprogramms mit der Bewilligung von 120 Millionen € für den Aus-, Um- und Neubau von Frauenhäusern für 4 Jahre.

Männerverbände kritisieren den einseitigen Fokus auf das weibliche Geschlecht und fordern eine Öffnung des Blickes auf weibliche und männliche Opfer, da jede Form von Gewalt gegen Frauen, Männer und Kinder inakzeptabel sei.

Die IG-JMV fordert eine Öffnung der Hilfsangebote des Bundesministeriums auf betroffene Frauen und Männer – jeweils für die Opfer und für die Täter(innen).

Gewalt kennt kein Geschlecht.

Lesen Sie dazu die **Pressemitteilung** der IG-JMV.

MÖCHTEGERN-REFORM DES UMGANGS- UND SORGERECHTS IST REINE AUGENWISCHEREI

Daniel Föst MdB (FDP) kritisiert das Thesenpapier zum Familienrecht aus dem Bundesjustizministerium

Bundestagsabgeordneter Daniel Föst und Vorsitzender der FDP Bayern kritisiert das Thesenpapier aus dem Bundesjustizministerium als das, was es ist:

"Das Ergebnis der Expertenrunde zur Reform des Sorge- und Umgangsrecht für Trennungskinder enttäuscht auf ganzer Linie. Vage Absichtserklärungen reichen nicht aus, um die Situation von Trennungskindern und ihren Eltern maßgeblich zu verbessern. Nach monatelangen Lippenbekenntnissen ist das Thesenpapier als politische Empfehlung weniger als eine Minimallösung.

Wir brauchen ein echtes gesetzliches Leitbild für das Wechselmodell. Ansonsten wird sich in der Praxis kaum etwas ändern. Dafür sind größere Schritte notwendig.

Nötig wären beispielsweise verpflichtende Mediationen vor eskalierenden Gerichtsverfahren und die finanzielle Entlastung von Eltern, die ihre Kinder getrennt gemeinsam erziehen wollen.

Die Große Koalition hat nicht den Mut für eine wirkliche Reform. Das zeichnet sich seit langem ab. Die Familien werden im Stich gelassen. Dieses Aussitzen eines so wichtigen Themas ist bezeichnend für den Zustand der Großen Koalition.

Was wir brauchen, ist ein Paradigmenwechsel. Diese Möchtegern-Reform ist reine Augenwischerei."

Link zur Presseerklärung Daniel Föst MdB

Impressum:
FSI - Forum Soziale Inklusion e. V.
Herrengasse 11
83512 Wasserburg am Inn
www.fsi-gleichbehandlung.de
info@fsi-gleichbehandlung.de
Newsletter abbestellen
